

WORKSHOP

#3

ÖKOBONUS – EIN WEG ZUR VERBINDUNG VON SOZIALEM UND ÖKOLOGISCHEM!

Alwine Schreiber-Martens

Es wird ein Konzept vorgestellt, das ökologische Begrenzung mit sozialer Gerechtigkeit und freiheitlicher Selbstbestimmung verbindet. Zunächst werden die Grundlinien des Konzepts dargestellt.

Die Notwendigkeit der ökologischen Begrenzung bzw. der drastischen Reduzierung des Naturverbrauchs in den Industrieländern tritt allmählich stärker ins Bewusstsein der Allgemeinheit (vgl. z.B. Attac-Rundbrief 03/11 S.05 Mitte). Mögliche Prinzipien für diese Begrenzung bzw. Reduzierung sind zum einen Zuteilung, also Gebote und Verbote, bzw. zum anderen marktwirtschaftliche Steuerungs-Mechanismen über den Preis und/oder Versteigerung von zeitlich begrenzten Nutzungsrechten. Marktwirtschaftliche Steuerung beruht auf spürbarer Verteuerung, sie gilt daher als sozial ungerecht bzw. nicht durchsetzbar. Dem gegenüber erzeugen Gebote und Verbote unübersehbare und sich dauernd wandelnde Ausweichreaktionen. Damit verbunden sind ausufernder Kontrollaufwand und das Aufstellen immer weiterer Regeln, die immer zu spät kommen wie beim Hase- und Igel-Wettrennen.

Hier wird der marktwirtschaftliche Ansatz favorisiert. Dabei werden außer-marktliche Begrenzungen als notwendig erachtet. Vor allem aber wird eine bindende Aussage zur Verwendung des Aufkommens aus der o.g. Verteuerung gemacht: Dieses Aufkommen soll als gleichmäßige Pro-Kopf-Ausschüttung direkt an die Bevölkerung zurück fallen. Die Verteuerung könnte daher auch als eine Umlage bezeichnet werden: Was von der zahlenden Bevölkerung eingesammelt wird, wird direkt wieder an sie ausgeschüttet. Bezahlt wird von den Endkonsumenten, denn an sie werden alle Kosten über die Produktpreise weitergegeben. Die Verteuerung kann z.B. als zusätzliche Steuer auf Eingangsrohstoffe erhoben werden. Die Erhebung der Steuer geschieht somit am Anfang der Produktionsketten, sie soll als Mengensteuer ausgestaltet sein, nicht als Steuer auf den Wert (Preis). Diese Verteuerung schlägt sich in unterschiedlichem Steigen der Produktpreise nieder, je nach "Ressourceninhalt" oder "Naturverbrauch" eines Produkts. Sie kommt aber schlussendlich vollständig bei den Endverbrauchern an. Neben dieser Besteuerung ist aber auch die Versteigerung von zeitlich begrenzten Nutzungsrechten ein mögliches Instrument. Dieses Verfahren ist bei Naturgütern, die (noch) in Gemeineigentum sind, anwendbar. Als Beispiel kann einerseits Boden in kommunalem oder staatlichem Eigentum betrachtet werden: die einzelnen Parzellen werden gegen Höchstgebot in Erbpacht versteigert. Dabei muss selbstverständlich die Planungshoheit, also das Setzen der Rahmenbedingungen für die zulässige Nutzung, in öffentlicher Hand bleiben. Andererseits kann das globale Versteigern aller Emissionsrechte für klimaschädliche Gase als Beispiel dienen. Dies ist ein gravierender

Unterschied zur gegenwärtigen Praxis im Kyoto-Protokoll: Aktuell werden nämlich an die Staaten kostenlos Emissionsrechte verteilt, entsprechend dem Stand der Emissionen von 1990.

1. Warum ist das Prinzip Öko-Bonus ein Meilenstein bei der Durchsetzung der Energiewende bzw. für soziale Nachhaltigkeit?

Die Energiewende bezeichnet den Ersatz fossiler Energieträger (Steinkohle, Braunkohle, Erdgas, Erdöl) sowie von Uran durch erneuerbare Energiegewinnung verbunden mit geringerem Energieverbrauch durch Effizienzsteigerung und auch Änderung des Lebensstils. Da das Fördermaximum fossilen Erdöls (Peak Oil) möglicherweise bereits überschritten wurde (vgl. dazu z.B. <http://www.peak-oil.com/effizienzrevolution-nach-peak-oil/peak-oil-studie-bundeswehr/>), kann eine national herbeigeführte, frühzeitige(!), "künstliche" stetig ansteigende Verteuerung dieser Rohstoffe dem zu erwartenden starken Ansteigen der Energiepreise zuvorkommen. Denn bei weltweit steigendem Bedarf an Energie und nicht im Gleichschritt steigerbarer Förderung ist ein Ansteigen des Preises der fossilen Energieträger unvermeidbar. Die Verknappung dieser Rohstoffe wird außerdem mit massiven spekulativen Preisveränderungen einhergehen. Die "künstliche" Verteuerung im nationalen Rahmen setzt auf Produktionsseite einen Anreiz, die sowieso erforderliche Umstrukturierung frühzeitig und zielstrebig anzugehen. Wer als Produzent rascher auf Produkte und Produktionsweisen umsteuert, die weniger energieintensiv sind und mit weniger Transportaufwand auskommen, hat einen Konkurrenzvorteil. Dies befördert auch die Re-Regionalisierung und Dezentralisierung der Energieerzeugung – beides charakteristische Merkmale der erneuerbaren Energieerzeugung. Eine "angekündigte" Verteuerung der fossilen und atomaren Energiebereitstellung macht im Gegenzug die erneuerbare Bereitstellung schneller konkurrenzfähig und ergibt somit einen Innovations- und Investitionsschub in diesem wirtschaftlichen Sektor mit gleichzeitiger Schrumpfung des anderen. Gleichzeitig sorgt auf der Seite der Konsumenten die stärkere Verteuerung von energieintensiven Gütern für die größere Anziehungskraft der nicht so stark verteuerten Güter, die ebenfalls zur Deckung der spezifischen Nachfrage geeignet sind. Sehr zugespitzt ausgedrückt heißt das: Güter, die verstärkt mit menschlicher Arbeitskraft hergestellt werden anstelle mit "Energiesklaven" (zu diesem Stichwort viele Treffer im Internet, u.a. beim Solarenergie-Förderverein SFV), werden attraktiver, ohne dass der Preis (der Lohn!) der menschlichen Arbeitskraft verringert würde! Auf Produktions- und Konsumtionsseite wird so ein Anreiz für Energieeffizienz und Umstellung des Lebensstils gesetzt. Sehr vereinfacht ausgedrückt: ein Lebensstil im Einklang mit ökologischen Prinzipien

wird auch finanziell attraktiv(er), ideelle und finanzielle Motive unterstützen sich dann gegenseitig. Gegenwärtig sind sie gegenläufig.

Das ist aber nur die eine Seite des Meilensteins. Die andere Seite ist die Verwendung als Pro-Kopf-Ausschüttung an die Bevölkerung. Hier wird das Soziale und die Ökologie ökonomisch verbunden (vgl. zu Ökologie, Soziales, Ökonomie als Säulen einer nachhaltigen Entwicklung z.B. http://de.wikipedia.org/wiki/Nachhaltige_Entwicklung). Diese Ausschüttung hat sozial sehr erwünschte Folgen (neben der steigenden Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft zu Lasten der nach "Energiesklaven" durch deren Verteuerung, s.o.): Niedrige Einkommen werden durch die absolut gleich hohe Ausschüttung relativ stärker gefördert als hohe. Familien mit Kindern werden durch die gleich hohe Ausschüttung finanziell begünstigt, denn die Lebenshaltungskosten pro Kopf sind bei Mehr-Personenhaushalten geringer als bei Single-Haushalten. Kinder werden außerdem begünstigt, da ihr Lebensstil i.a. weniger Ressourcen-aufwendig ist als der von Erwachsenen: sie fliegen seltener als Erwachsene, fahren weniger in Breitreifen-Karossen, benötigen aber Mehraufwand für Pflege und Bildung, die beide eher ressourcen-sparsam zu bewerkstelligen sind. Die Verteuerung wird also bei Ausgaben für Kinder weniger spürbar sein als der Rückfluss an Mitteln. Eine weitere gewichtige Auswirkung der direkten Pro-Kopf-Ausschüttung ist die Stärkung individueller zahlungskräftiger Nachfrage. Wenn nämlich niedrige Einkommen ansteigen, wird ein größerer Anteil des Hinzugekommenen direkt zu Nachfrage. Bei höheren Einkommen steigt dagegen die Sparrate stärker, das Zusatzeinkommen wird daher nur verzögert und indirekt über Kreditvergabe als Nachfrage wirksam. Jede andere Verwendung des Aufkommens (z.B. Deckelung des Rentenbeitrags der abhängig Beschäftigten, Senkung von Lohnnebenkosten auf Seiten der Arbeitgeber) aus der Verteuerung der Naturgüter wirkt weniger direkt und bevorzugt tendenziell eher höhere Einkommen. Es ist auch zu bedenken, dass die Senkung der Lohnnebenkosten für Arbeitgeber nicht automatisch für mehr Arbeitsplätze sorgt. Arbeitsplätze werden dann geschaffen, wenn der entsprechende Absatz gesichert erscheint, nicht weil die Arbeitskosten sinken.

Da das zusätzliche Einkommen, das für steigende Nachfrage sorgt, aus einer Verteuerung umweltschädlicher Güter herrührt, ist diese Nachfragesteigerung nicht ohne weiteres mit steigender Umweltschädigung gleichzusetzen. Die Ausschüttung eines gleich hohen Geldbetrages an alle vermehrt die Selbstbestimmungs-Möglichkeiten der Empfänger, die Zuteilung gleicher Güter an alle dagegen engt sie ein – so sie denn überhaupt möglich ist. Das Angebot gleicher Möglichkeiten dient der Gerechtigkeit, gleiche Zuteilung von Gütern behindert

sie, denn die Menschen sind verschieden. Sie haben ein Anrecht auf gleiche Teilhabe und Wahlfreiheit. Gleiche Zuteilung dagegen ist Gleichmacherei.

II) In welcher Weise/auf welchen Anwendungsfeldern ließe sich das Prinzip Öko-Bonus innerhalb Deutschlands einführen, bevor es zu einer europaweiten/weltweiten Einigung auf ein solches Prinzip kommt?

Zunächst ist die zusätzliche und steigende Besteuerung von Naturverbrauch einfacher dort durchzusetzen, wo es Güter trifft, die im eigenen Wirtschaftsraum gefördert bzw. der Natur entnommen werden. In zweiter Linie ist die Steuererhebung auf importierte Rohwaren möglich beim Grenzübertritt. Die Steuer wird erhoben, wenn oder bevor diese Güter in die nationalen Produktionsketten eingehen. Und schließlich können grundsätzlich importierte Fertigprodukte besteuert werden, wenn sie mit dem in ihnen enthaltenen Naturverbrauch ("Ökologischer Fußabdruck", ÖF, vgl. z.B. bei <http://de.wikipedia.org/>) gekennzeichnet sind. Im Konzept des ÖF wird bereits eine Standardisierung des Naturverbrauchs als Darstellung der benötigten biologisch-aktiven Fläche vorgenommen. Auch dieses Konzept braucht noch weitere Ausarbeitung, vgl. dazu: Hans P.Aubauer 2011: Development of Ecological Footprint to an Essential Economic and Political Tool <http://www.mdpi.com/2071-1050/3/4/649/pdf>

Zu der ersten Gruppe können gehören:

- Energieträger wie Braunkohle, Steinkohle, Erdgas aus nationaler Förderung – eher unbedeutend
- Mineralische Rohstoffe wie Erze, Kalk-, Gipsstein, Kreide, Dolomit, Schiefer, Kies, Sand
- Organische Rohstoffe wie Torf
- Ernteprodukte aus der Landwirtschaft (Getreide, Hülsenfrüchte, Hackfrüchte, Gemüse...)
- Biomasse für Futterzwecke (Stroh...), Energiegewinnung
- Biomasse aus der Forstwirtschaft
- Produkte aus Fischerei, Jagdstrecken

(Liste in Anlehnung an ein unveröffentlichtes Manuskript 2008 von Damian Ludewig, FOES)

Die genannten Stoffe haben sehr unterschiedliche Bedeutung innerhalb des Wirtschaftskreislaufs. Es zeigt sich auch bereits, dass hier noch sehr viel Detailarbeit erforderlich ist. Das Forum Ökologische Steuerreform (<http://www.foes.de/>) leistet hier Pionierarbeit, insbesondere auch im

wiederholten Hinweis auf den nötigen Abbau von umweltschädlichen Subventionen. Dieser Abbau muss parallel mit der Steuererhebung geschehen oder ihr bereits voran gehen.

Zur zweiten Gruppe können gehören:

- Fossile Energieträger, Uran, Vorprodukte daraus
- Import-Pflanzenöl und importierte Vorprodukte daraus
- Andere importierte biologische Rohstoffe und zugehörige Rohprodukte

Rohstoffe können beim Grenzübertritt, grundsätzlich aber vor oder bei ihrem Eintritt in die nationalen Produktionsketten besteuert werden.

Zu dritten Gruppe können gehören:

- Sämtliche Importprodukte

Die umfassende Bedeutung kann hier nur angedeutet werden, dazu ein Zitat aus einer Veröffentlichung des FOES: "Der Umgang mit Ressourcen muss ... bedeutend sparsamer und effizienter werden. ... Um die notwendigen Anreize für Effizienzsteigerungen zu schaffen, benötigt es daher ... Instrumente. Ressourcensteuern könnten ein solches Instrument mit entsprechender Lenkungswirkung sein. ... Förderabgaben, die einen Teil der Wertschöpfung an den Staat umleiten, sind althergebrachte Abgaben, mit denen sich der Staat am Rohstoffreichtum in seinem Staatsgebiet beteiligen lässt. ... In Deutschland befindet sich sowohl die wissenschaftliche, als auch die politische Debatte über Ressourcensteuern allerdings noch weitgehend am Anfang." (<http://www.foes.de/themen/ressourceneffizienz/> 27.07.11). Insofern kann auch der vorliegende Text nur eine erste Skizze sein.

III) Welche politischen (und andere) Widerstände sind dabei zu erwarten und wie könnte damit umgegangen werden?

Es sind Widerstände von ganz unterschiedlichen Seiten zu erwarten. Einmal sind das Widerstände auf Produktionsseite, dort – gerade auf dem Energiesektor – insbesondere von den alteingesessenen, hochkonzentrierten, bisherigen Energieversorgern. Diese sind teilweise verflochten mit verschiedenen Sektoren des Auto- und Maschinenbaus und der Metall-Verarbeitung wie auch der Chemieindustrie. Aber es kann auch sehr uneinheitlich sein: Zulieferfirmen werden teilweise leichter, teilweise schwieriger auf neue Grundstoffe umsteigen können. Vermehrt Gütertransporte auf der Bahn statt auf Straßen, verbesserter öffentlicher

Personennahverkehr als Folge stetig ansteigender Energiekosten – ganz unterschiedliche Sektoren werden davon profitieren bzw. Nachteile erwarten. Aber auch auf Seiten der Bevölkerung werden gerade steigende Energiepreise nicht einhellig begrüßt. Gerade hier wird die Bedeutung der kompletten Rück-Ausschüttung deutlich.

Allerdings ist (vgl. z.B. <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3113.pdf>) aus Umfragen bekannt, dass bei großen Teilen der Bevölkerung im Prinzip Einsicht darüber vorhanden ist, dass der Umweltverbrauch reduziert werden muss. Es werden auch eigene Einschränkungen akzeptiert, dabei ist aber grundlegend, dass dies als gerecht empfunden wird. Eine weitere Grundbedingung für die Akzeptanz von Einschränkungen ist, dass sie nicht existenzbedrohend wirken. Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes, die fehlende Aussicht auf überhaupt einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, der einigermaßen den eigenen Vorstellungen entspricht, die Unsicherheit, wie man finanziell über die Runden kommt, sind solche die Existenz bedrohenden Ängste. Auch das Gefühl des Ausgeliefertseins und der eigenen Machtlosigkeit wirkt als Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, die ja sicher eine Verteuerung auf einigen Gebieten der bisherigen Lebensführung bedeuten. Beiden Forderungen – Gerechtigkeit und Existenz-Sicherung – genügt der hier vorgestellte Ansatz.

Umfassende Information von bzw. Vernetzung mit lokalen, regionalen und nationalen, aber auch internationalen Nichtregierungs-Organisationen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements, im Naturschutzbereich und allgemein der Menschenrechte sind denkbare Wege, diesen Widerstand aufzulösen. Allerdings könnten da auch zunächst gegenläufige Ziele aufscheinen: "Fairer Handel" z.B. besteht auf existenzsichernden Preisen für die Produzenten, die Ressourcenbesteuerung und Rückausschüttung hingegen belässt das Aufkommen der Verteuerung in Summe bei den (nationalen) Endverbrauchern. Da aber durch diese Besteuerung insgesamt ein weniger verschwenderischer und zerstörerischer Umgang mit knappen Naturressourcen bewirkt wird, ist dies etwas, was durchaus auch im Sinn einer Bewegung von "Fairem Handel" ist. Ebenso dient eine globale Versteigerung von Nutzungsrechten verbunden mit globaler Ausschüttung des Aufkommens einer globalen Gerechtigkeit. Allerdings wird dies gerade unter Verhältnissen einer immer stärkeren Polarisierung der Einkommen und der Vermögen, wie wir sie gegenwärtig (auch) in den Industriestaaten erleben, schwer zu vermitteln sein.

Auch die Festlegung der o.g. "außer-marktlichen Begrenzung" ist keine einfache Aufgabe. Gerade hier sind ganzheitliche, systemtheoretische Denkweisen von Nöten. Das vorgeschlagene Vorgehen behindert aber solche Denk- und Herangehensweisen nicht, im Gegenteil. In einem

tiefen Sinn beruht dieses Vorgehen auf dem Wissen, dass die Erde als ganzes System den Menschen geschenkt ist, auch den zukünftig lebenden. Ihre Nutzung müsste daher als kostenfreies Geschenk bei jedem einzelnen ankommen. Die komplette direkte Rückausschüttung einer Verteuerung der Naturnutzung geht in diese Richtung: Die Verteuerung des durchschnittlichen Verbrauchs, direkt und indirekt zusammen, wird genau wieder rückvergütet, ohne dass die Kenntnis dieses Durchschnitts oder die exakte Kenntnis des eigenen Verbrauchs für das einzelne Individuum nötig ist. Die Verschwender zahlen an die sparsamen Nutzer, ohne "gläsernen Verbraucher".

Generell ist eine breite Verankerung der vorgeschlagenen Methode in der Bevölkerung nötig, um auch bei den politischen Parteien durchsetzbar zu werden.